

Kulturförderung ist wichtig – aber nicht um jeden Preis

BaWü-Check: Mehrheit der Befragten befürwortet staatliche Investitionen – Wenn aber gespart werden muss, dann stehen Kultureinrichtungen weit oben auf der Liste

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. 2,5 Millionen Euro muss das Heidelberger Theater einsparen – gestrichen wird dafür unter anderem das iberoamerikanische ¡Adelante!-Festival. In Mannheim verkündet Festivalmacher Timo Kumpf, dass er sein Herzensprojekt „Maifeld Derby“ nach 2025 beendigen wird – weil es keine ausreichende städtische Förderung geben wird. Und in Stuttgart kostet die Opernhaus-Sanierung wohl mehr als eine Milliarde Euro.

Bei Kultur geht es nicht nur um „schöne Künste“, sondern allzu oft um handfeste Finanzfragen. Doch wie steht die Bevölkerung dazu? „Sparen oder investieren?“, lautete eine der Fragen im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage der Zeitungsverlage im Südwesten. 1011 Baden-Württemberger wurden dafür vom „Institut für Demoskopie Allensbach“ zu Kultur und Kulturförderung befragt.

> **Der Staat sollte Geld geben:** Grundsätzlich sehen es immerhin 50 Prozent der Befragten als Aufgabe des Staates an, für Kultureinrichtungen und Kultur Gelder zu geben. Dagegen ist ein Viertel, ein weiteres Viertel unentschieden. Schaut man sich die Altersverteilung an, dann wünschen sich vor allem die Jüngeren die Förderung: 67 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sehen die Kulturförderung als staatliche Aufgabe sowie 59 Prozent in der Altersgruppe darüber. Ab 45 Jahren sinkt dann die Zustimmung auf 43 bzw. bei den Über-60-Jährigen auf 41 Prozent.

> **Höhere Bildung führt zu höherem kulturellem Interesse:** Grundsätzlich gibt die Mehrheit der Befragten an, sie interessiert sich sehr (18 Prozent) oder etwas (47 Prozent) für Kunst und Kultur. Ein Viertel sagt, sie seien kaum interessiert. Nur 8 Prozent geben an, das treffe für sie gar nicht zu. In der Verteilung spielt aber die Schulbildung eine große Rolle: Von den Befragten mit einer höheren Bildung interessieren sich 78 Prozent für Kunst und Kultur, während es bei einfacher und mittlerer Bildung 51 bzw. 59 Prozent sind.

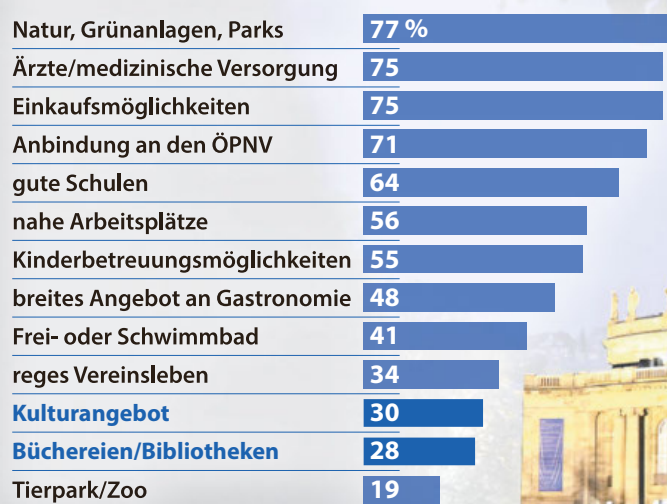
> **Besonders Kinos werden genutzt:** Befragt nach der Nutzung von kulturellen Angeboten (siehe Grafik rechts) sind es vor allem die Kinos, die regelmäßig genutzt werden – mindestens alle zwei oder drei Monate, wenn nicht sogar häufiger, sieht sich ein Drittel der Befragten (33 Prozent) einen Film auf der großen Leinwand an. Mindestens ein oder zweimal im Jahr sind 55 Prozent im Kino. An zweiter Stelle der jährlichen Nutzung werden Festivals und Konzerte genannt – mit 48 Prozent steht das bei rund der Hälfte der Befragten im jährlichen Kulturkalender. Intensiv genutzt werden auch Büchereien und Bibliotheken, nämlich von 28 Prozent mindestens alle zwei bis drei Monate.

Besonders selten genutzt werden hingegen Oper und Ballett – hier sagen 64 bzw. 63 Prozent, sie besuchen „nie“ solche Veranstaltungen. Auch das Angebot an Lesungen oder Vorträgen wird von 48 Prozent nie wahrgenommen.

> **Gutes Kulturangebot gar nicht so wichtig:** Wenn es darum geht, die Dinge zu

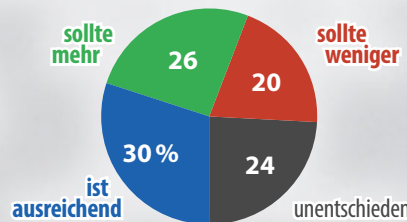
Lebenswerte Orte

Frage: „Was macht einen Ort besonders lebenswert?“



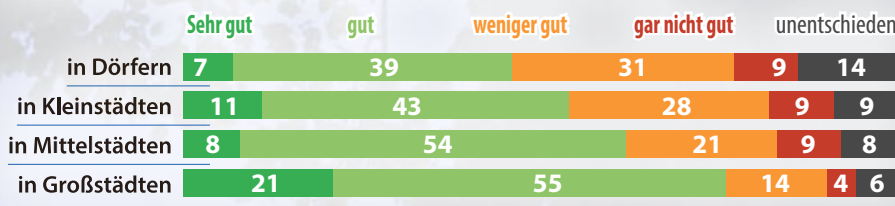
Staatliche Investitionen in Kunst und Kultur

Frage: „Gibt Baden-Württemberg alles in allem ausreichend Geld für Kunst und Kultur aus, oder sollte es dafür mehr oder weniger Geld ausgeben?“



Stadt-Land-Gefälle

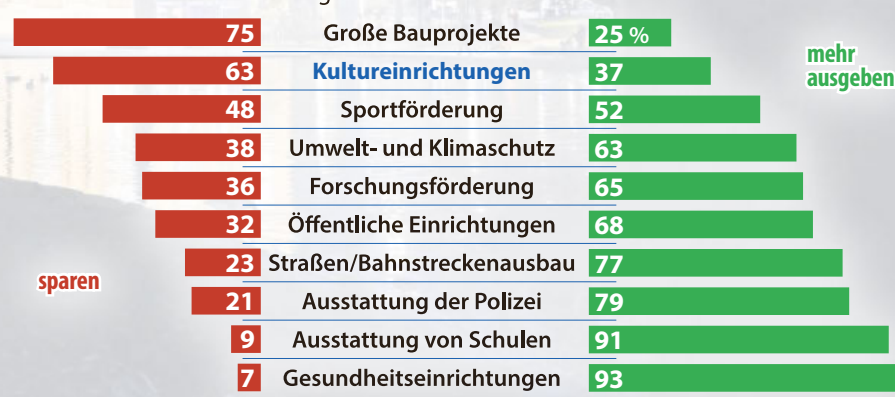
Es bewerten das Kulturangebot vor Ort, in der eigenen Region –



Kulturförderung in Baden-Württemberg

Sparen oder investieren?

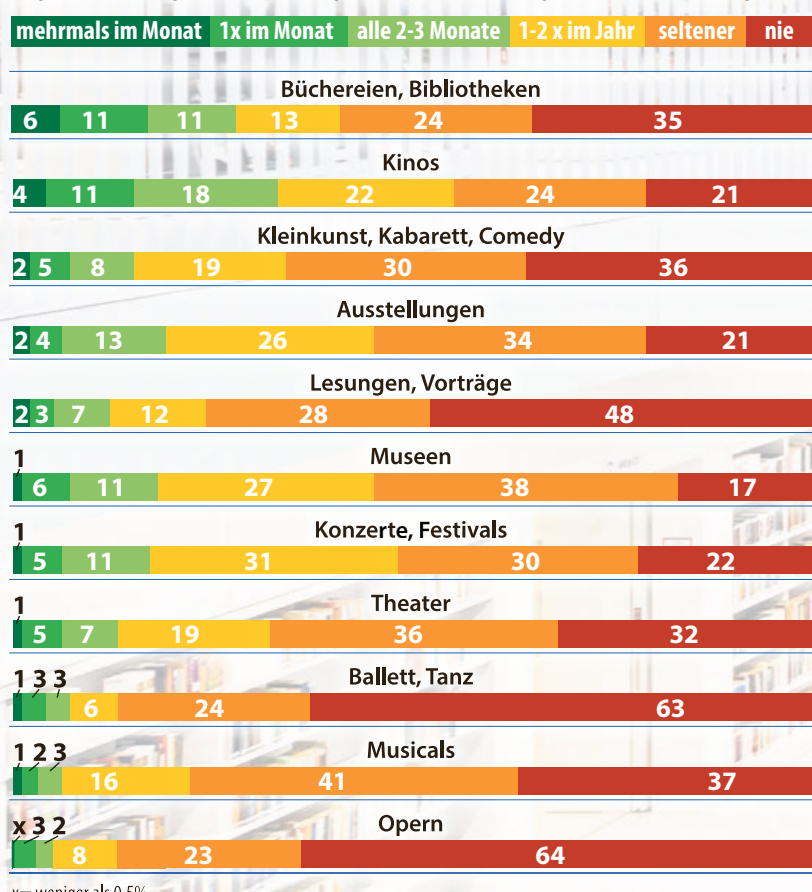
Hier sollte Baden-Württemberg eher –



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/III © IFD-Allensbach Bild: dpa

Nutzungsfrequenz von Kulturangeboten

Frage: „Wie häufig besuchen Sie folgende Kultureinrichtungen bzw.-veranstaltungen?“



x = weniger als 0,5%

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/III Bild: getty

benennen, die einen Ort lebenswert machen, landet das kulturelle Angebot ebenso wie die Ausstattung mit Büchereien mit einer Zustimmung von 30 bzw. 28 Prozent auf den hinteren Plätzen (siehe Grafik oben). Deutlich wichtiger sind Natur und Grünanlagen (77 Prozent), aber auch Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten (je 75 Prozent) und der Nahverkehr (71 Prozent).

> **Verfügbarkeit von Kultur:** Eine deutliche Mehrheit zeigt sich zufrieden mit Kunst und Kultur in Baden-Württemberg. 79 Prozent bewerten das landesweite Angebot als gut oder sehr gut, nur 12 Prozent sehen die Lage kritisch. Konkret nach der eigenen Region befragt, sind immer noch 60 Prozent zufrieden, 31 Prozent erleben hier ein weniger oder gar nicht gutes Angebot. Erwartungsgemäß zeigt sich dabei ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: 76 Prozent in den Großstädten, aber nur 46 Prozent in den Dörfern finden die kulturellen Möglichkeiten vor Ort gut oder sehr gut.

> **Lieber sparen als investieren:** Mit Blick auf knappe öffentliche Kassen stellt sich regelmäßig die Frage, welche Prioritäten gesetzt werden sollten. Hier hat die Kultur im Vergleich zu anderen Bereichen deutlich das Nachsehen. Lediglich über große Bauprojekte sagen mehr Befragte, nämlich 75 Prozent, dass hier eher gespart werden sollte (siehe Grafik oben). Bei Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen sind es 63 Prozent, die Geld einsparen würden, während nur 37 Prozent für mehr Investitionen plädieren. In allen anderen abgefragten Bereichen spricht

sich eine Mehrheit für höhere Investitionen statt eines Sparkurses aus. An der Spitze stehen dabei die Gesundheitsversorgung (93 Prozent für mehr Geld) sowie die Ausstattung der Schulen (91 Prozent), gefolgt von der Ausrüstung der Polizei (79 Prozent). Büchereien wurden zusammen mit Schwimmbädern abgefragt. Hier wollen 68 Prozent investieren.

> **Fördermittel auch ohne Publikumsinteresse?** Eine heikle Frage in der Kulturförderung: An wen soll das Geld fließen? Bei den Befragten gehen die Einschätzungen auseinander. So wollen 32 Prozent Fördermittel bei den Einrichtungen sehen, die vom Publikum gut angenommen werden. 28 wollen „möglichst viele Einrichtungen“ fördern. Und 22 Prozent würden eher diejenigen unterstützen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Fragt man detaillierter nach, ob auch Bereiche ohne Massenpublikum gefördert werden sollen, sind 37 Prozent dafür, 31 Prozent dagegen. Der Rest ist unentschieden. Im Kreis der besonders Kulturinteressierten ist hingegen eine breite Mehrheit von 63 Prozent für die „Nischenförderung“.

> **Rückhalt für „Aushängeschilder“:** Geht es um mehr Geld für die Sanierung bedeutender Kultureinrichtungen – etwa das Nationaltheater in Mannheim oder die Stuttgarter Oper – halten das in der Gesamtheit der Befragten nur 45 Prozent für richtig, 34 Prozent sind dagegen. Ganz anders hingegen bei den Kulturinteressierten: Hier halten 71 Prozent die Investitionen in „Aushängeschilder“ für angemessen, nur 12 Prozent widersprechen.

Mehr Befugnisse bei Waffenkontrollen

Stuttgart. (lsw) Die Polizei soll künftig auf öffentlichen Veranstaltungen wie Weihnachtsmärkten noch leichter und selbstständiger Waffenkontrollen durchführen können. Bislang werden Polizisten bei der Durchsetzung von Waffenverboten teils von Mitarbeitern von Rathäusern und Landratsämtern begleitet. Man plane, noch vor Weihnachten mit einer neuen Verordnung die Kommunen zu entlasten, kündigte Innenminister Thomas Strobl (CDU) an.

Die Polizei im Südwesten darf bereits jetzt etwa bei öffentlichen Veranstaltungen in Waffenverbotszonen oder an gefährlichen Orten unbegleitet kontrollieren, das ist im Polizeigesetz des Landes geregelt. Daneben gibt es das Waffengesetz des Bundes – es wurde nach den Attentaten von Solingen und Mannheim vor kurzem verschärft. Es gibt der Polizei mehr Befugnisse für stichprobenartige und anlasslose Waffenkontrollen bei öffentlichen Veranstaltungen. Allerdings sind für den Vollzug die Kreispolizeibehörden zuständig. Da der kommunale Ordnungsdienst aber nicht so geschult ist für potenziell gefährliche Lagen, holen sich die kommunalen Mitarbeiter häufig die Polizei dazu, erklärte ein Sprecher des Innenministeriums. Die soll daher künftig auch allein kontrollieren können.

Bierausschank ohne Schanklizenz?

„Entlastungsallianz“ legt Pläne für Bürokratieabbau vor – Gaststätten und Vereine könnten profitieren

Stuttgart. (sös) Leidenschaftliches GEMECKER über überbordende Bürokratie gehört zum Stammtisch wie das „Herrendeck“. Doch demnächst könnte der Unmut in den Gaststätten zumindest leicht gedämpft werden: Denn zu den weiteren Maßnahmen, die die „Entlastungsallianz“ vorschlägt, gehören auch Vereinfachungen im Gaststättenrecht. Und auch Vereine könnten profitieren. Es gehe darum „Überregulierungen im Land abzubauen und Verwaltungsprozesse zu verschlanken“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der gemeinsam mit Staatsminister Florian Stegmann und Innenminister Thomas Strobl (CDU) am Dienstag die Landespläne vorstellte. Mehr als 50 Einzelmaßnahmen sind demnach vorgesehen. „Wir scheuen die Mühe nicht und drehen an allen Stellschrauben“, so Strobl. Bürger, Kommunen und Unternehmer sollten „möglichst viel Freiheit“ bekommen.

Naturngemäß lässt sich für den Außenstehenden bei den meisten der eher kleinteiligen Vereinfachungsmaßnahmen nur schwer abschätzen, wie viel Entlastung sie wirklich bringen. Heraus sticht daher der Bereich, der unter der Überschrift „Gaststättenrecht modernisieren“ prä-

sentiert wird. So soll künftig ein „schlankes Anzeigeverfahren“ bei der Neueröffnung einer Gaststätte das bisherige Erlaubnisverfahren ablösen. Also: Wer eine Gaststätte mit Alkoholausschank eröffnen will, muss nicht mehr im Vorfeld umfangreiche Unterlagen einreichen, um eine „sachgebundene Personalkonzession“ erteilt zu bekommen. Stattdessen reicht es, „die Behörde auf die Eröffnung hinzuweisen“, wie es in der Pressemitteilung des Staatsministeriums heißt. Die Gastronomen sollten so



Auf kürzeren Volks- oder Straßenfesten soll künftig auch ohne Schanklizenz das Bier fließen dürfen. Foto: dpa

„schneller und unbürokratischer in den Markt eintreten“ können.

Mit der gleichen Reform soll es zudem leichter sein, bei Volksfesten alkoholische Getränke auszuschanken. Auch für Vereinsfeste oder Kerwen musste nämlich bislang eine zeitlich begrenzte Ausschanklizenz beantragt werden – es galt die sogenannte „Gestattungspflicht für reisegewerbliche Gaststätten“. Diese soll komplett entfallen.

Zu den weiteren beschlossenen Maßnahmen gehört etwa, dass den Kommunen auch „Abweichungen von landesrechtlichen Regelungen“ gestattet werden, um so – wie es in der Mitteilung heißt – „in der kommunalen Praxis innovative Verwaltungslösungen testen zu können“. Eine Erleichterung für die Kommunen soll auch eine Erhöhung der Vergabegrenzen bringen. So dürfen künftig Direktaufträge bis zu 100 000 Euro ohne Ausschreibung vergeben werden – bisher lag hier die Grenze bei 10 000 Euro. Auch soll der Prüfaufwand bei der Photovoltaik-Pflicht reduziert werden.

Eltern fordern erneut G9 für alle Klassen

Stuttgart. (lsw) Mit einem neuen Volksantrag will eine Elterninitiative erreichen, dass alle Kinder an den Gymnasien in Baden-Württemberg in neun Jahren das Abitur machen können, wenn sie das wollen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf reichte die Initiative beim Landtag ein. Ziel der Eltern ist, dass auch ältere Schülerinnen und Schüler am Gymnasium so bald wie möglich zwischen G8 und einem um ein Jahr gestreckten Bildungsgang wählen können. „Die Eltern im Land fordern nach wie vor vehement eine Lösung für die laufenden G8-Klassen“, sagte Marita Raschke, eine der Initiatorinnen.

Die grün-schwarze Koalition hatte sich darauf geeinigt, dass die Gymnasien im Land zum Schuljahr 2025/2026 wieder zu G9 zurückkehren sollen. Die Einführung ist aber schrittweise geplant, zum Start sollen nur die Klassen fünf und sechs umstellen. Ältere Schüler würden also nicht profitieren.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erteilte den Forderungen der Eltern eine klare Absage. Man habe dieses Ansinnen bereits geprüft und besprochen. „Es ist nicht sinnvoll. Das ist nun wirklich sorgfältig geprüft worden und wir sind zu diesem Ergebnis gekommen.“